

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023  
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Kürzung der für unbegleitete minderjährige Ausländer veranschlagten Kosten**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Bezeichnung Verpflichtende Transferleistungen  
Produktnummer 013 Bezeichnung Leistungen für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche (umA) nach SGB VIII

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	156.563.200	-39.140.800	117.422.400

Liquidität			
<b>Einnahmen</b>			
<b>Ausgaben</b>			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
<b>Produktenerfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	132.543.200	-33.135.800	99.407.400
<b>Liquidität</b>				
<b>Einnahmen</b>				
<b>Ausgaben</b>				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Es ist fraglich, ob die 6.154 Erstattungsfälle des Jahres 2023 tatsächlich in Gänze unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind. Aufgrund einer fehlenden forensischen Altersfeststellung ist dies anzuzweifeln. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass mindestens 25 % der Erstattungsfälle bereits nicht mehr als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge versorgt und betreut werden dürften, wonach sich eine Minderung der Gesamtkosten um 25 % ergibt.

Wiesbaden, 12. Januar 2023

Für die Fraktion  
der AfD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Robert Lambrou**